

Aspekte des „Sozialvertrages“ in Griechenland: Politischer Klientelismus und die Rolle von Korruption

Angelos Giannakopoulos

1. Einleitung: Institutionalisierte Antikorruption auf EU- und internationaler Ebene¹

Obwohl das Wort „Korruption“ schon allein aufgrund seiner lateinischen Herkunft immer mit „Verdorbenheit“ vor allem im moralischen Sinne konnotiert wurde, lautet die seit ca. 15 Jahren weltweit gebräuchlichste und von allen wichtigen internationalen Akteuren akzeptierte und von Transparency International (TI) etablierte Definition von Korruption: „Corruption is operationally defined as the abuse of entrusted power for private gain“.²

Ausschlaggebend für diesen nicht nur begrifflichen, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht markanten Besinnungswandel sind die historischen und politischen Umwälzungen Ende der 1980er Jahre gewesen. Dazu zählen vor allem folgende Entwicklungen:

1. Das Ende des Kalten Krieges, das gleichsam das Ende einer politischen Heuchelei bedeutete, da die westlichen Demokratien keinen glaubhaften Grund mehr nennen konnten, warum sie mit korrupten Diktatoren in der Dritten Welt kooperieren müssten.
2. Das Ende der ideologischen Konfrontation zwischen West und Ost. Dies hat in westlichen Ländern unter anderem dazu geführt, dass Bürger, im Rahmen einer allgemeinen Legitimationsfrage über die Demokratie, nun verstärkt auf die moralische Integrität von Politikern fokussiert haben.
3. Das Ende des real existierenden Sozialismus, das eine Umwandlung bereits vorhandener Austauschsysteme in Ländern Osteuropas bewirkt hat. Ivan

¹ Die folgende Diskussion über Korruption im Allgemeinen sowie über Aspekte politischer Korruption in Griechenland beziehen sich auf Materialien und Ergebnisse des innerhalb des Sechsten Rahmenprogramms der Europäischen Kommission finanzierten Projekts „Crime as a Cultural Problem. The Relevance of Perceptions of Corruption to Crime Prevention“. Das Projekt wurde in der Zeit Januar 2006-Juli 2009 an der Universität Konstanz koordiniert und dessen Projektbüro wurde vom Autor geleitet.

² Siehe http://www.transparency.org/news_room/faq/corruption_faq (Abrufdatum: 07.10.11).

Krastev beschreibt diese Veränderung als Übergang von einer „do me a favour society“ zu einer „give me a bribe society“. Dazu kam, dass das immer stärkere Auseinanderdriften von „nouveaux riches“ und verarmten Schichten in den früheren Ostblockländern von der breiten Masse nur durch Korruptionspraktiken der Ersteren erklärt werden konnte.

4. Das Aufkommen neuer Medien sowohl im technologischen als auch im quantitativen Sinne, die eine neue Visibilität von Korruptionspraktiken hergestellt haben. Nicht zu vergessen ist dabei der Fakt, dass sich Korruption medienwirksam gut verkauft.

5. Die verstärkte demokratische Konkurrenz, mitunter Parteienkonkurrenz. Wer wiedergewählt werden möchte, muss darauf achten, nicht mit Korruptionsaffären in Verbindung gebracht zu werden.

6. Die Entstehung eines globalen Marktes, in dem westliche Firmen immer mehr Bestechungsgelder aufbringen mussten, wollten sie nicht aus den lokalen Märkten ausgeschlossen werden.

7. Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in der öffentlichen Sphäre ein verschärftes Antikorruptionsbewusstsein bewirken konnten.

8. Nicht zu vergessen schließlich ist die rasante Entstehung einer weltweiten organisierten Kriminalität, die eine international koordinierte präventive Vorgehensweise forderte.³

Trotz alledem wäre es verfehlt zu behaupten, dass die Welt ab Anfang der 1990er Jahre korrupter wurde. In Wirklichkeit war es nicht das „mehr“ an Korruption, das die weltweite Antikorruptionsantwort generiert hat. Im Gegenteil: die weltweit verstärkte „Sichtbarkeit“ von Korruption und ihre Bedeutung im Feld der internationalen Beziehungen ist eher dem Sachverhalt zuzuschreiben, dass eine Antwort auf die veränderten Bedingungen des internationalen Handels und der Politiken internationaler Finanzinstitutionen gefunden werden musste, die zu einer Neukonzeptualisierung der Rolle von Korruption geführt haben.

Neben der Frage, wie Korruption zum globalen Thema wurde, ist die Frage, wie Antikorruption zur absoluten politischen Priorität avancieren konnte, nicht weniger interessant. Im Allgemeinen geht man davon aus, dass es einer dynamischen zivilgesellschaftlichen Bewegung zu verdanken ist, dass der Kampf gegen

³ Die obige Zusammenfassung basiert auf Ausführungen von Ivan Krastev in seinem Buch: *Shifting Obsessions. Three Essays on the Politics of Anticorruption*, Budapest 2004.

Korruption auf die Agenda der öffentlichen Debatte und folglich auf die politische Agenda vordringen konnte. Dem muss allerdings widersprochen werden. In Wahrheit nahm die Antikorruptionsgeschichte im US State Department ihren Anfang. Die US-amerikanische *business community* hat sich nach dem Watergate- und Lockheed-Skandal in den 1970er Jahren als besonders empfindlich gegen Korruption gezeigt. Als erstes Land verabschiedeten die Vereinigten Staaten im Jahre 1977 die „Foreign Corruption Practices Act“, die die Bestechung von ausländischen Amtsträgern durch amerikanische Bürger und Firmen kriminalisierte. Dies hatte jedoch für amerikanische Handels- und Finanzinteressen vor allem nach der politischen Wende Ende der 1980er im internationalen Wirtschaftsumfeld äußerst negative Folgen. Amerikanische Firmen mussten bis Anfang der 1990er Jahre einen milliardenschweren Verlust durch verloren gegangene internationale Aufträge hinnehmen, deren Zuschlag vor allem europäische Firmen für sich verbuchen konnten, da diese ja an keine nationale Gesetzgebung zur Nicht-Bestechung gebunden waren. Diese ungleichen Voraussetzungen riefen letztendlich das US State Department auf den Plan (übrigens: es ist an den wohl allzu bekannten Fakt zu erinnern, dass bis Ende der 1990er Jahre Bestechungsgelder deutscher Firmen im Ausland von der Steuer absetzbar waren). Die innerhalb der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Druck des US State Department schließlich geführten Verhandlungen mündeten in der „Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions“ (zu Deutsch: Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger), die für alle Mitgliedsstaaten der OECD allgemeingültige Antibestechungsmaßnahmen festsetzt.⁴

Dass danach auch multinationale Konzerne den Antikorruptionskampf unterstützten, hat mit der Tatsache zu tun, dass sie im veränderten globalen Handlungsumfeld erkannt haben, dass Korruption eine neue Art des Protektionismus darstellt, der auf lange Sicht ihre Interessen untergräbt. Was die veränderte Positionierung des dritten wichtigen Akteurs im internationalen Korruptionskampf, der Weltbank (und bedingt des Internationalen Währungsfonds) betrifft, sei an die bezeichnende Aussage des früheren Direktors der Weltbank, James Wolfensohn erinnert. In einer im Jahre 1999 gehaltenen Rede stellte er Folgendes fest: „When I came to the World Bank I was told that there was one word I could not use, which was the „C“ word, the „C“ word being „corruption“. Corruption, you see, was identified with politics, and if I got into that, I would have a terrible time

⁴ Siehe hierzu Krastev, ebenda.

with my Board“.⁵ Das Verlangen nach mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in den durch die Weltbank finanzierten Programmen in Entwicklungsländern hat zu einer inneren Umstrukturierung und Umorientierung in Bezug auf Korruption geführt. Das im Jahre 1997 durch die Weltbank veröffentlichte Dokument „Helping Countries Combat Corruption“ etablierte die Weltbank als eine wichtige internationale „Antikorruptionsagentur“. Sie hob darin insbesondere den Sachverhalt hervor, dass es keinen funktionierenden Markt ohne einen funktionierenden Staat geben kann, und dass institutionelle Reformen eine absolute Priorität im Antikorruptionskampf darstellen.⁶

Beschränkt man sich auf den europäischen Raum, dann ist die Organisation „GRECO: Group of States against Corruption“ des Europarats als die wohl wichtigste „Antikorruptionsagentur“ zu nennen. Sie umfasst alle Mitgliedsländer des Europarats und überwacht durch die Publikation regelmäßiger Berichte die Implementierung folgender Antikorruptionsabkommen: Criminal Law Convention on Corruption, Civil Law Convention on Corruption, Additional Protocol to the Criminal Law Convention on Corruption, Twenty Guiding Principles against Corruption, Recommendation on Codes of Conduct for Public Officials und Recommendation on Common Rules against Corruption in the Funding of Political Parties and Electoral Campaigns.⁷

Das Engagement von EU-Institutionen im Antikorruptionskampf ist bis vor einiger Zeit eher marginal gewesen. Der Aufgabenbereich des nach anfänglichen juristischen und organisatorischen Schwierigkeiten 1999 doch noch etablierten „European Anti-Fraud Office“, kurz OLAF genannt, ist sehr begrenzt. OLAF verteidigt die wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union vor allem in Bezug auf die rechtmäßige Anwendung von EU-Geldern, die aus den verschiedenen EU-Fonds an die Mitgliedsländer verteilt werden. OLAF ist allerdings mit keiner staatsanwaltsähnlichen Macht, geschweige denn mit einer Ahndungsmöglichkeit von wirtschaftlichen Vergehen ausgestattet. Hierfür sind allein die nationalen Behörden zuständig. Die Antikorruptionspolitiken der EU haben sich erst ab 2010 verstärkt in Szene setzen können. Das im Januar 2010 offiziell verab-

⁵ Siehe „Remarks at A Global Forum on Fighting Corruption“, Remarks by James Wolfensohn, President, The World Bank Group, Washington, D.C., February 24, 1999, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:20024339~menuPK:34472~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html> (Abrufdatum: 07.10.11).

⁶ Das Dokument ist abrufbar unter folgender Internetadresse: <http://www1.worldbank.org/publicsector/anticorrupt/helpingcountries.pdf> (Abrufdatum: 07.10.11).

⁷ Siehe mehr in: http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/greco/default_en.asp (Abrufdatum: 07.10.11).

schiedete, so genannte „Stockholm Programme“ (voller Titel: The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving and protecting the citizens) beabsichtigt, unter anderem das allgemeine Antikorruptionsmanko der EU zu beheben, indem es eine engere Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen EU-Institutionen (vor allem der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit – seit kurzem Generaldirektion Justiz – der Europäischen Kommission) mit Organisationen wie der OECD und vor allem mit GRECO vorsieht.⁸ Im Zuge der Realisierung des „Stockholm Programme“ gab es im Jahre 2011 weitere wichtige Entwicklungen. Es handelt sich dabei um die Veröffentlichung von folgenden Dokumenten seitens der Europäischen Kommission, die konkrete Antikorruptionsmaßnahmen und Instrumentarien etablieren: „Communication from the Commission to the European Parliament, the Council and the European Economic and Social Committee: Fighting Corruption in the EU“, „Establishing an EU Anti-corruption reporting mechanism for periodic assessment“ („EU Anti-corruption Report“), beide publiziert am 06.06.2011 und „On the Commission Anti-Fraud Strategy“, publiziert am 24.06.2011.⁹

Während es in den einzelnen EU-Staaten unterschiedliche Entwicklungen hin zur Etablierung einer institutionell verankerten Antikorruptionsstruktur mit jeweils unterschiedlichem Erfolg (oder Misserfolg) gab, dürften Organisationen, die im Nicht-Regierungssektor angesiedelt sind, wohl als die wichtigsten Akteure im Antikorruptionskampf betrachtet werden. Von einer Anzahl national agierender zivilgesellschaftlicher Organisationen zunächst einmal abgesehen, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene im Antikorruptionsbereich wohl bekannteste Nicht-Regierungsorganisation ist Transparency International. Es würde den Rahmen dieses Beitrags deutlich sprengen, wollte man auf Fragen eingehen, die mit dem Wirken dieser Organisation und ihrer eigenartigen Struktur oder gar mit Aspekten ihrer Legitimationsbasis verbunden sind, die zurzeit ohnehin wissenschaftlich diskutiert werden und sich mit Grundproblematiken der politischen Repräsentation und Legitimierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen beschäftigen.¹⁰ In Bezug auf die weltweite Einflussnahme dieser Orga-

⁸ Der volle Text des „Stockholm Programme,“ ist abrufbar unter der Internetadresse: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:115:0001:0038:en:PDF> (Abrufdatum: 07.10.11).

⁹ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/organes/libe/libe_20110831_0900.htm, http://ec.europa.eu/anti_fraud/documents/EC-Antifraud-Strategy.pdf

¹⁰ Siehe z.B. Luis de Sousa: Transparency International in Search of Constituency: The Franchising of the Global Anticorruption Movement, unter: <http://ancorage-net.org/content/documents/pdp05-14.pdf> (Abrufdatum: 08.10.11).

nisation dürfte in diesem Rahmen die Erwähnung ausreichend sein, dass der bekannte „Corruption Perceptions Index“ (CPI), der alljährlich von TI veröffentlicht wird, nicht nur als ein Messinstrument des allgemeinen Korruptionsniveaus eines Landes gilt, sondern vielmehr als ein breit akzeptierter Indikator der Transparenz politischer Institutionen verstanden wird und somit letztendlich über den Demokratiestand eines Landes Auskunft gibt. Nicht zu vergessen ist dabei, dass viele Gesetzesinitiativen gegen Korruption in den einzelnen Ländern auf die Lobby-Arbeit der National Chapters von TI zurückgehen, die entsprechende Mechanismen der Bürgerpartizipation im Antikorruptionskampf entwickelt haben, um ihre Forderung nach Strukturveränderungen empirisch stützen zu können.¹¹

2. Korruptionswahrnehmungen und ihre Bedeutung in Bezug auf Anti-Korruptionsmaßnahmen

Gemessen am Erfolg der international und national geltenden, meist juristischen Antikorruptionsinstrumentarien, mit deren Hilfe man dem Problem Herr zu werden versucht, bleibt Korruption ein ernstes Problem. Die Wirkung institutioneller Instrumentarien im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung bleibt nach wie vor begrenzt, in manchen EU-Ländern dürfte sie gar als gescheitert gelten. Das Hauptmanko dieser Instrumentarien und ihr wichtigster Konstruktionsfehler sticht in soziologischer Hinsicht geradezu ins Auge: nämlich ihr Bemühen, Korruption durch die Anwendung eines „top-down“-Verfahrens in den Griff zu bekommen. Dazu gehören Maßnahmen aller Art – juristische, administrative oder polizeiliche Maßnahmen – die einerseits zentral entschieden und gesteuert und andererseits lokal implementiert werden. Der Aspekt, der hier offensichtlich missachtet wird, ist, wie das Problem in den verschiedenen Gesellschaften wahrgenommen wird, und noch wichtiger, ob Korruption überhaupt als Problem verstanden wird. Rechtsmaßnahmen sowie administrative und polizeiliche Kontrollmechanismen erfassen Korruption als rechtbrechendes Verhalten, das es zu ahnden gilt. Interessant in soziologischer Hinsicht ist es jedoch, danach zu fragen – vor allem dann, wenn Bekämpfungsmaßnahmen den erwünschten Erfolg offensichtlich nicht herbeiführen können –, ob Korruption womöglich nicht ein Problem, sondern – in einer konkreten Gesellschaft oder innerhalb einer Gesell-

¹¹ Diesem Aspekt widmet sich das eingangs erwähnte EU-Projekt „ALACS: Promotion of Participation and Citizenship in Europe“, das in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat von Transparency International an der Universität Konstanz durchgeführt und vom Siebten Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Kommission finanziert wird.

schaftsschicht – gerade eine „Lösung“ darstellt. Führt man sich diesen Aspekt vor Augen, dann ist es zwingend erforderlich die kulturelle Dimension von Korruptionswahrnehmungen in den Vordergrund zu stellen. Wenn von „Wahrnehmungen“ die Rede ist, dann wohl nicht im Sinne ihrer „extensiven“ Dimension, wie es beim CPI von TI der Fall ist. Was beim CPI berücksichtigt wird, ist lediglich nichts anderes als die bloßen Meinungen über den Verbreitungsgrad von Korruption in einer Gesellschaft bei wichtigen, meist wirtschaftlich relevanten Akteuren. Von weitaus mehr Interesse ist hierbei ihre „intensive“ Form, d. h. wie die Akteure aus allen wichtigen sozialen Feldern: Politik, Wirtschaft, Justiz, Polizei, den Medien und der Zivilgesellschaft, das Phänomen selbst wahrnehmen und wie sie darüber denken und argumentieren. Aus welchem Grund ist aber ein fundiertes Wissen über Korruptionswahrnehmungen wichtig für den Erfolg von Antikorruptionsmaßnahmen?

Zu konstatieren wäre zunächst einmal der Sachverhalt, dass Korruption aus soziologischer Sicht die im Hinblick auf Moral, Effektivität und Nebenfolgen wie auch immer zu bewertende Lösung eines sozialen Problems darstellt. Die Motive und Gründe für korruptes Verhalten wurzeln sowohl in aktuellen Bedingungen wie in tradierten sozio-kulturellen Kontexten, die es in der soziologischen Analyse zu ermitteln gilt. Soziale Situationen sind nicht unmittelbar objektiv, sondern werden durch subjektive Situationsdefinitionen bestimmt, die kulturell vermittelt sind und daher von Gesellschaft zu Gesellschaft, aber auch von sozialem Milieu zu sozialem Milieu variieren.

Wissenssoziologisch gesehen, stellt die Kultur einer Gesellschaft ihren Mitgliedern einen *Wissensvorrat* zur Verfügung, in dem standardmäßige Situationsdefinitionen und darauf bezogene Problemlösungen gespeichert sind. Das als Kultur sedimentierte, allgemeine gesellschaftliche Orientierungswissen manifestiert sich in den *Wahrnehmungsmustern* der Akteure. Wesentlich ist dabei, dass die Selbstverständlichkeit, mit der die Mitglieder der Gesellschaft ihren kulturellen Wissensvorrat gebrauchen, der zentrale Garant für die Stabilität der geltenden Ordnung ist.¹² In historischen Situationen des sozialen Wandels, wie ihn die Länder Südosteuropas in der postsozialistischen Transformation erfahren haben, geraten diese alltagskulturellen Selbstverständlichkeiten in die Krise. Das Neue wird als ein von außen kommender Störfaktor der überkommenden Ordnung angesehen, die Akteure des Neuen als eine fremde oder entfremdende Macht. Aus

¹² Siehe Peter L. Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/Main 1987.

einer Abwehrhaltung gegenüber diesen durch die Modernisierung ausgelösten Entfremdungserfahrungen heraus halten die Menschen an den für sie noch Vertrautheit und Sicherheit versprechenden überkommenen Ordnungsvorstellungen fest.

Institutionen stellen ferner nur den *objektiven Rahmen* für Handlungen dar, deren subjektive Motive Teil einer gewachsenen Kultur sind. Die Übertragung von Institutionen führt nur zu einer *halbierten Moderne*, die den Menschen äußerlich bleibt. Diese neue, moderne Institutionenordnung muss mit der Alltagskultur der Menschen vermittelt werden. Erst dann werden diese Institutionen mit Geist und Leben erfüllt. Im Unterschied zu den Wohlstand und Sicherheit gewährenden Institutionen lässt sich Kultur aber nicht transferieren oder sonst wie im „top-down“-Verfahren technokratisch erzeugen, sondern nur in einem langen gesellschaftlichen Lernprozess selbst herstellen. Politisch und administrativ bedeutet das, dass „top-down“-Verfahren, sollen sie optimale Wirkungen zeitigen, mit den „bottom-up“-Prozessen abgestimmt werden müssen: Institutionen und Handlungspraxis müssen in einem „Passungsverhältnis“ stehen, sollen sie sich nicht beeinträchtigen oder gar blockieren, sondern wechselseitig stützen.

Der Transformation einer Gesellschaft durch einen zeitlich begrenzten Institutionentransfer folgt ein langfristiger und risikoreicher Prozess der *Modernisierung*, indem nachträglich die kulturelle Formation der Akteure zu Mitgliedern einer Zivilgesellschaft erfolgt.¹³ In diesem zweiten Teilprozess, dem der Modernisierung, vollzieht sich die *Verinnerlichung* (Internalisierung) – im Falle der EU-Erweiterung und -integration – universeller materialer Rechtsideen (Gerechtigkeit, Gleichheit, soziale Verantwortung, Solidarität), die das Funktionieren moderner Gesellschaften garantieren. Mit dem mündigen Bürger entsteht zugleich eine Sphäre politischer Öffentlichkeit, welche die partialen sozialen Beziehungsnetzwerke transzendiert und sie politischer Kontrolle, d. h. dem allgemeinen Willen unterwirft. Erst das Gelingen dieser nachträglichen Modernisierung entscheidet über die Dauerhaftigkeit des sozialen Wandels. Soziale Wandlungsprozesse wie die Erweiterung und Integration der EU stehen also vor der doppelten Schwierigkeit, einerseits an tradierte Wahrnehmungsmuster anzuknüpfen und diese andererseits im Hinblick auf neue Rationalitätskriterien zu verändern.

Ein zentrales Rationalitätskriterium moderner Gesellschaften ist das Prinzip der Öffentlichkeit und Sichtbarkeit der politischen Entscheidungsprozesse auf

¹³ Siehe hierzu Wolfgang Zapf: Die Modernisierungstheorie und die unterschiedlichen Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, Leviathan, 24(1), S. 63-77.

der Grundlage formeller Institutionen. Der Öffentlichkeit als Grundprinzip moderner Zivilgesellschaften steht Korruption diametral entgegen. Korruption vollzieht sich im Verborgenen. In der Grauzone zwischen traditionalem Nepotismus (einem „System der Gefälligkeiten“) und krimineller Einfluss- und Vorteilsnahme (von den „Seilschaften“ bis zu „kriminellen Vereinigungen“) verschwimmen in der Wahrnehmung der Akteure die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität, schwindet aber auch das Vertrauen in die Institutionen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass in Bezug auf das Verhältnis zwischen institutionalisierter Antikorruption und Korruptionswahrnehmungen rechtliche, administrative und polizeiliche Maßnahmen nur einen bedingten Einfluss auf das Alltagsbewusstsein der Menschen haben können. Im Alltag der Menschen kann Korruption Teil der Existenz sichernden Ordnung sein und als faktische „Normalität“ erscheinen. Korruption wird dann möglicherweise gar nicht als kriminell angesehen. Oder Korruption gilt als weit verbreitetes und sozial geduldetes „Kavaliersdelikt“. Im Alltag ist Korruption mit existentiellen Interessen legiert, so dass das Bewusstsein der Täter Resistenz gegen Aufklärungs- und Zwangsmaßnahmen seitens der Institutionen zeigen kann. Ein illegales Anreizsystem wird nur dann zugunsten eines legalen Anreizsystems aufgegeben, wenn letzteres größere Vorteile und vor allem Sicherheit garantiert. Für die Korruptionsbekämpfung heißt dies letztendlich konkret, dass Gegenstände einer Analyse sowohl die *konzeptionellen Voraussetzungen* der Expertensysteme als auch die *sozio-kulturellen Bedingungen* ihrer Anwendung sein müssen.

3. Dimensionen des „Sozialvertrages“ in Griechenland: Politischer Klientelismus und Korruption

Betrachtet man das Phänomen der Korruption in Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Kroatien, dann stellt Korruption grundsätzlich den Vergrößerungsspiegel dar, auf der Oberfläche dessen die Besonderheiten des Transformationsprozesses dieser Länder ersichtlich werden. *Mutatis mutandis* kann Korruption in Griechenland als der Vergrößerungsspiegel einer schwachen Bürgerschaft aufgefasst werden. Diese Betrachtungsweise von Korruption impliziert an erster Stelle ein reziprokes Verhältnis, das Korruption nicht als eine Art Geschwür betrachtet, sondern sie von der Gesellschaftsstruktur abhängig macht, und umgekehrt: Korruption ist nicht einfach eine Fehlentwicklung unter vielen, sondern vielmehr das strukturelle Symptom einer inkonsequenten und partiellen Modernisierung von Staat und Gesellschaft, das, gepaart mit bestimmten Wahrnehmungsmustern und

Handlungstypen, bedeutende strukturelle Defizite von Staat und Gesellschaft an sich offen legt. Korruption muss demnach auf das im breiten Sinne bestimmte historische Paradigma jeder Gesellschaft bezogen werden, um letztendlich zeigen zu können, dass Korruption nicht nur eine Art „Modernisierungsunfall“ (in halb-modernen und Transformationsgesellschaften) darstellt oder dass sie etwa einige wenige „schwarze Schafe“ (in entwickelten Gesellschaften) betrifft. Korruption stellt demnach den Vergrößerungsspiegel dar, durch den tiefer sitzende strukturelle Probleme einer Gesellschaft sichtbar werden.

Wendet man sich der aktuellen Lage in Griechenland zu, so muss man konstatieren, dass die derzeitige Finanzkrise fundamentale Mängel im politischen System des Landes offenbart. Hinter modernen rechtsstaatlichen Institutionen verbirgt sich ein bürokratisches und Korruption förderndes Klientensystem, das seine Macht auf die Verteilung von nicht selbst erwirtschafteten Ressourcen stützt(e). Die Überwindung der Krise macht vor allem eine grundlegende Kurskorrektur im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft erforderlich. Inmitten der Finanzkrise, die Griechenland unmittelbar nach der Parlamentswahl im Oktober 2009 mit aller Heftigkeit erfasste, hat sich der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou bei einer Veranstaltung in Athen Mitte Dezember 2010 an die griechische Öffentlichkeit gewandt und angesichts der dringenden Finanzprobleme, die auf Korruption, Vetternwirtschaft und Intransparenz zurückzuführen sind, appelliert: „Was in der nächsten Zeit geschieht, hat mit der Verteidigung der Souveränität des Landes zu tun, [...] entweder ändern wir uns, oder wir gehen gemeinsam unter“.¹⁴ Hinsichtlich der Finanzkrise, die sich ab Januar 2010 immer bemerkbarer machte und das Land innerhalb kürzester Zeit praktisch in die Zahlungsunfähigkeit führte, muss man zunächst einmal feststellen, dass die Zuspitzung der Krise und die hohen Wellen, die sie international geschlagen hat, im Wesentlichen auf das Nichtvorhandensein von zwingend wirkenden gesamteuropäischen Finanzkrisenstrukturen zurückzuführen sind. Die tiefer liegenden Gründe der Krise sind allerdings in Griechenland selbst zu suchen. Die Finanzkrise des Landes kann kaum als ein „Betriebsunfall“ verstanden werden. Sie hat einerseits mit der grundsätzlichen Konstitution des griechischen Staates, insbesondere des griechischen politischen Systems zu tun, und andererseits mit der Qualität der Beziehungen zwischen Staat und Bürgern, die nach westlichen Modernitätskriterien und zivilgesellschaftlichen Prinzipien äußerst defizitär ist. Um die derzeitige Lage in Griechenland besser verstehen zu können und die struktu-

¹⁴ Siehe „I Kathimerini“, 14.12.2009.

rellen Ursachen von Korruption sowie ihre Beziehung zur derzeitigen Finanzkrise besser ersichtlich zu machen, ist ein Rückblick auf die (Patho-)Genese des politischen Systems in Griechenland unabdingbar.

3.1 Ein Rückblick auf die Anfänge des politischen Systems in Griechenland und seine Antinomien

Rückblickend lässt sich zunächst einmal feststellen, dass die erste Verfassung von 1844 und insbesondere diejenige von 1864, die nach der Entthronung der bayerischen Monarchie verabschiedet wurde, als bedeutende Errungenschaften des griechischen politischen Systems deklariert wurden. Die Verfassung von 1844 führte zu einem relativ frühen Zeitpunkt innerhalb der europäischen Politikgeschichte die direkte Wahl des Parlaments durch das Volk ein. Die Verfassung von 1864 wurde als die „demokratischste“ ihrer Zeit proklamiert und garantierte tatsächlich bedeutende bürgerliche Rechte und Freiheiten (Meinungsfreiheit, uneingeschränktes Wahlrecht usw.). Die spätere Einführung des sog. „Grundsatzes des ausdrücklichen Vertrauens“ unter der Regierung Trikoupis im Jahr 1875, die für stabilere parlamentarische Verhältnisse sorgte, wurde sogar mit einem deutlichen Vorsprung gegenüber anderen europäischen parlamentarischen Systemen institutionalisiert. Zu bedenken gilt allerdings, dass die Einführung des parlamentarischen Systems in Griechenland ab dem Jahre 1844 keineswegs das Produkt einer inneren Dynamik, sondern vielmehr ein politisches „Importprodukt“ gewesen ist. Dieser Sachverhalt führte erwartungsgemäß zu Anomalien und entlarvte umso stärker die Antinomien des griechischen politischen Systems.¹⁵

Um die Eigenarten der politischen Strukturen und der daraus resultierenden Praxis in Griechenland besser zu verstehen, muss man die politische Funktion der öffentlichen Verwaltung und des Staatsapparates näher in den Blick nehmen – und dabei vor allem das Phänomen des Klientelismus. In Bezug auf Griechenland wird unter Klientelismus im Wesentlichen die Monopolisierung des Staates durch politische und ökonomische Eliten verstanden, die ihre Machtposition dadurch sicherten, dass sie ihrer Wählerschaft bzw. ihrem Klientel einen Platz in der öffentlichen Verwaltung und im Staatsapparat in Aussicht stellten. So lässt

¹⁵ Vgl. Panagiotis Kondylis: *Η παρακμή του αστικού πολιτισμού. Από τη μοντέρνα στη μεταμοντέρνα εποχή και από το φιλελευθερισμό στη μαζική δημοκρατία* (Der Niedergang der bürgerlichen Kultur. Von der Moderne zur Postmoderne und vom Liberalismus zur Massendemokratie). Athen 1991, S. 20. Was die Querelen vor der Verabschiedung der Verfassung von 1844 betrifft, vgl. Gunnar Herring: *Die politischen Parteien in Griechenland 1821-1936*, Bd. 1. München 1992, S. 224ff., 360ff.

sich feststellen, dass „in der prokapitalistischen griechischen Gesellschaft die Verbindung des Staates zu der ‚Gemeinschaft der Bürger‘ nicht auf der Grundlage von Klassen oder Interessenverbänden, sondern auf der Basis persönlicher Netze politischer Kundschaft aufgebaut wurde. Es handelt sich also um eine ‚vertikale‘ Form politischer Organisation“.¹⁶

Nach der Gründung des unabhängigen griechischen Königreichs (1832) wurde die Verwaltungsstruktur, die sich während der osmanischen Zeit etablieren konnte, abgeschafft (autonome Verwaltungseinheiten unter der Führung lokaler oder religiöser Eliten). Während der osmanischen Periode und des Unabhängigkeitskampfes (1821-1829) war die griechische Bevölkerung des Osmanischen Reichs in eine festgefügte Hierarchie eingebettet und hatte in den Notabeln und Primaten, die für lokale Selbstverwaltung zuständig waren, ihre Führungsschicht: „Sie vereinigten in ihren Händen die legislative, judikative und exekutive Gewalt. Darüber hinaus vertraten sie die Gemeinde den türkischen Behörden gegenüber und waren für die innere Ordnung verantwortlich“.¹⁷ Die Organisationsformen waren von Ort zu Ort unterschiedlich. Militärisch und autoritär, wie in Mani oder in Souli, oder demokratisch, wie auf der Insel Psara. Diese Schichten bildeten also bereits vor dem nationalen Unabhängigkeitskampf 1821 eine Verwaltungsaristokratie. Zu dieser Schicht kamen nach der Nationalstaatsgründung die militärischen Führer, die sich während des Unabhängigkeitskampfes besonders hervorgetan hatten, sowie einige Auslandsgriechen hinzu.

Während des Unabhängigkeitskampfes und vor allem danach brach ein erbarmungsloser interner Kampf aus, der auf die Stärkung der jeweiligen verwaltungs-politischen oder militärischen Elite im unabhängigen Staat abzielte. Dieser Kampf konzentrierte sich aus der Sicht der früheren Notabeln und Primaten auf den Versuch, sich große landwirtschaftliche Flächen anzueignen (die übrigens das einzig vorhandene Produktionsmittel jener Periode darstellten), die nach der Erlangung der Unabhängigkeit in den Besitz des griechischen Staates übergingen und die sog. „nationalen Liegenschaften“ bildeten. Das Verbot des Verkaufs dieser Flächen, das gesetzlich verankert wurde, war eine politische Niederlage für die Notabeln und Primaten, die sich zur Sicherung ihrer politischen Vorteile

¹⁶ Nikos Mouzelis: *Νεοελληνική κοινωνία. Όψεις υπανάπτυξης* (Neugriechische Gesellschaft. Aspekte einer Unterentwicklung). Athen 1978, S. 37.

¹⁷ Nikolaus Wenturis: *Die soziopolitischen und ökonomischen Strukturen Griechenlands im Hinblick auf seine Integration in die EG*. Frankfurt/M. 1977, S. 26.

der Kontrolle des Staatsmechanismus zuwandten, wobei sie aus dessen Monopolisierung politische und ökonomische Gewinne erhofften.¹⁸

Im Gegensatz zur dezentralisierten Funktion der autonomen Verwaltungseinheiten der vorrevolutionären Periode ist somit nach der Revolution eine Konzentration aller Verwaltungs-, aber auch ökonomischen Funktionen in der Hauptstadt des neuen unabhängigen Königreichs zu beobachten. Der Staatsapparat wurde zunächst um den königlichen Hof aufgebaut. Dies führte dazu, dass die reichen Landbesitzer, Händler und die gebildeten Eliten die Provinzstädte und die Inseln verließen, um sich in der griechischen Hauptstadt niederzulassen, weil sie nur so Zutritt zu den Verwaltungs- und Wirtschaftsinstitutionen (Regierung, Hof, Universität, Banken usw.) erhalten konnten. Nach 1830 waren es hauptsächlich zwei bis drei Städte, in denen das verfügbare Kapital im damaligen Staat investiert wurde: „Diese Neuverteilung erzeugte eine Binnenwanderung von den Dörfern in die Metropolen, die die Peripherie beraubte und verarmte, den Verfall all der Gemeinden begründete, die kulturelle und historische Bedeutung hatten und einen riesigen Wachstums-Pol im attischen Landbecken schuf“.¹⁹

Die Idiosynkrasien der griechischen Verwaltung und des Staatsapparates können demnach folgendermaßen zusammengefasst werden: „Es bestand ein hoch zentralisierter Typ regionaler Administration, in dem die verschiedenen Regionen und Präfekturen keinerlei Handlungsbefugnis hatten, sondern in dem im zentralen Innenministerium in Athen alle Instruktionen erteilt und Beschlüsse gefasst wurden, während gleichzeitig eine ausgeprägte Diffusion von Funktionen und Verantwortlichkeiten zwischen den einzelnen Ministerien auf allen Ebenen eine Situation erzeugte, die einen bürokratischen Staat hervorbrachte mit Frustration, Ineffektivität, Unverantwortlichkeit und Verzögerung in der Erledigung von Angelegenheiten“.²⁰

3.2 Die sukzessive Herausbildung des politischen Klientelsystems

Gibt es ein zentrales Charakteristikum, das Klientel-Politik in Griechenland seit der Gründung des griechischen Staates entscheidend prägt, dann ist dies am besten mit dem Begriff „*consensus extra muros institutionum*“, also außerinstitutioneller Konsensus zum Ausdruck zu bringen. Wichtig ist es zudem zu betonen,

¹⁸ Mouzelis, ebenda, S. 37.

¹⁹ Wenturis, ebenda, S. 31.

²⁰ Ebenda, S. 35.

dass der Klientelismus, zumindest was das 19. Jahrhundert und ein Teil des 20. Jahrhunderts betrifft, in engem Zusammenhang mit dem griechischen Nationalismus und Irredentismus zu sehen ist. Dies führte dazu, dass die „griechische Nation“ stets über die Grenzen des kleinen Staates hinausragte, und bis 1922 zwar durch Kriege eine Verdreifachung des Staatsgebietes herbeiführte, die Rationalisierung der Staats- und Gesellschaftsstrukturen jedoch stets verhinderte. Denn Staat und Gesellschaft wurden dem Diktat eines mythologisierten und glorifizierten Nationsbegriffs untergeordnet.

Hinzu kommt ein weiteres für Griechenland typisches Phänomen: die Erlangung der staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit ohne vorangehende bürgerliche Unterschichtung. Ergebnis dieser Entwicklung war die Formierung einer „staatlichen“ bürgerlichen Klasse. Über die Macht im Staat verfügte eine politische Oligarchie, die ihre politische Vorherrschaft auf ein kompliziertes und weit vernetztes System politischer Patronage und politischen Klientelismus aufbaute. Die Parteien, die später entstanden, waren unter diesen Umständen nicht etwa das Ergebnis organisierter Interessen oder gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern einfach ein Zusammenschluss unterschiedlicher, zersplitterter Gruppierungen oder gelegentlicher, personengeprägter Wahlallianzen bzw. „Prominentenkreise“.²¹ Ein Phänomen übrigens, das teilweise bis heute beobachtet werden kann.

Auf der anderen Seite muss die Urbanisierung des griechischen Raums mit der Anziehungskraft in Verbindung gebracht werden, die der Staatsapparat (d.h. die öffentliche Verwaltung) auf die ländlichen Schichten ausübte. Die Bevölkerung ländlichen Ursprungs, die in die Städte – hauptsächlich in die Hauptstadt – kam, um Arbeit zu suchen und sich schließlich der städtischen kleinbürgerlichen Schicht anzuschließen, hatte dabei in erster Linie den größten Arbeitgeber des Landes, nämlich den Staatsapparat im Auge. Die Masse der Kandidaten für die staatlichen Verwaltungsorgane bildete auf diese Weise die Hauptstütze des politischen Klientelsystems, das in gewisser Hinsicht die bereits vorhandene patriarchalische Sozialordnung in die Politik überführte.²² Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Etablierung einer verstärkten Geldwirtschaft in Griechenland,

²¹ Mouzelis, ebenda.

²² Kondylis, ebenda, S. 20ff. Vgl. auch Ernest Gellner/John Waterbury: *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*. London 1977. An dieses politische Phänomen erinnert der Athener Klaphthmonos-Platz (Klage-Platz). Dort war früher das Innenministerium untergebracht, der Ort also, wo nach jedem Regierungswechsel die staatlichen Arbeitsplätze an die Parteikundschaft vergeben wurden, was natürlich zu Trauer und Klage auf der politischen Gegenseite führte, deren Klientel die neu zu besetzenden Stühle räumen musste.

die hauptsächlich durch das eingeführte Kapital von finanzkräftigen Auslands-griechen angekurbelt wurde, konnten sich die kleinbürgerlichen Schichten, vor allem in der Hauptstadt, durch die Schaffung eines relativ breiten freien Arbeitsmarktes und der Ausbreitung des tertiären Wirtschaftsektors von ihrer Abhängigkeit vom Staatsapparat befreien und erstmals ein eigenes politisches Wort, meist linker Provenienz, artikulieren.

Das System der politischen Patronage muss außerdem als direktes Ergebnis der Abwesenheit einer Kapitalakkumulation und Industrialisierung in Griechenland angesehen werden, d.h. als eine teils immanente Dimension einer vorkapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsorganisation. Obwohl die politischen Partieliten, die jeweils den Staat monopolisierten, im Wesentlichen wenig zum Aufbau der griechischen Wirtschaft unternahmen, waren sie gezwungen, die Bevölkerung ländlichen Ursprungs, die in die Städte kam, zu absorbieren. Hierzu stellten sie ihr aufgrund des Nichtvorhandenseins eines gut funktionierenden freien Arbeitsmarktes und einer industriellen Infrastruktur Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung in Aussicht. Daraus resultierte eine immense Steigerung der Anzahl der Angehörigen der sog. nichtproduktiven Schichten der Bevölkerung. Die Beziehung des Staates zur „Gemeinschaft der Bürger“ gründete sich demnach nicht auf der Wechselwirkung mit Organisationen, die gesellschaftliche Interessen vertraten, sondern auf der Basis der politischen Klientelvernetzung. Im Gegensatz zur Entwicklung im Westen (wo bekanntlich der politisch-institutionelle Rahmen gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Produktionssystems definiert wurde und sich nur dadurch formieren konnte) etablierte sich das parlamentarische System in Griechenland, ohne die dafür notwendige Reife durch die Auseinandersetzungen lokaler, antagonistischer gesellschaftlicher Kräfte erlangt zu haben.

Im Hinblick auf das bereits existierende Klientel-System in Griechenland wirkte sich die Einführung des parlamentarischen Systems auf die gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklung eher negativ und hemmend aus. Dies nicht zuletzt deswegen, weil der Parlamentarismus als eine Gelegenheit zur weiteren Ausbreitung und Vernetzung des Klientelsystems angesehen wurde. Zusammengefasst lässt sich somit für das griechische politische System des 19. und eines großen Teils des 20. Jahrhunderts Folgendes konstatieren: Eine traditionelle politische Oligarchie verwaltete, indem sie sich durch das vertikale politische Klientelsystem ihre Reproduktion sicherte, innerhalb eines modernen bürgerlichen institutionellen Rahmens (Parlamentarismus, Gleichberechtigung usw.) eine in ihren sozioökonomischen Hauptzügen pro-kapitalistische Gesellschaft.

Charakteristisch für das Klientensystem nach dem politischen Wechsel Mitte der 1970er Jahre, aber vor allem während der 1980er und 1990er Jahre ist dagegen eine Umkehrung der Bedingungen des politischen Verhältnisses zwischen Parteien und Wählerschaft: Insbesondere nach dem Eintritt Griechenlands in die damalige Europäische Gemeinschaft bestand die politische Klientel-Beziehung aufgrund veränderter gesellschaftlicher Mobilität nicht mehr ausschließlich in der Zusicherung hoch begehrter staatlicher Arbeitsplätze, sondern in der Erhaltung bzw. Erhöhung des Konsumniveaus und zwar mit allen zur Verfügung stehenden (jedoch nicht selbst erwirtschafteten) ökonomischen Mitteln. Indem also die Parteien die politische, soziale und ökonomische Zukunft des Landes verspielten, sicherten sie ihrer Wählerschaft das Konsumniveau, das diese verlangte. Als Gefangene ihrer Wählerschaft waren die politischen Parteien somit gezwungen, um die Zustimmung der Bevölkerung für ihre populistischen Programme zu wetteifern. Das Verhängnisvolle dieser Politik wird nicht zuletzt darin deutlich, dass die populistischen Versprechen, die in aller Regel die endlose Steigerung konsumartiger „Errungenschaften“ verhiessen, geradezu diametral den realen Möglichkeiten der griechischen Wirtschaft entgegenstanden. Was sich hier beobachten lässt, ist der Übergang vom klassischen Klientensystem zum Populismus. Es sind hauptsächlich die verhängnisvollen Folgen dieser Politik, die sich seit Ende letzten Jahres in der griechischen Finanzkrise bemerkbar machen. Wenturris bringt es letztendlich auf den Punkt, indem er feststellt: „Das parlamentarische Leben und die Regierung dienten als Fassade, um die Interessen der regierenden Elite zu unterstützen und zu fördern“.²³

4. Strukturelle Merkmale von Korruption in Griechenland und die Besonderheiten des „Sozialvertrages“

Wenn man sich nun Korruptionspraktiken im aktuellen gesellschaftlichen Kontext aus dem eingangs EU-finanzierten Projekt „Crime as a Cultural Problem“ zuwendet,²⁴ ist es bezeichnend, dass der Kollaps traditioneller Werte seitens der Akteure beklagt wird, sehen sie doch darin den eigentlichen Grund für die endemische Korruption im Land. Diese Art der Argumentation offenbart jedoch eine Doppelmoral, wenn es um die Evaluation korrupten Verhaltens durch die Akteure geht. Traditionelle Werte besitzen nämlich *per se* keinen alldefinierenden

²³ Wenturris, ebenda, S. 36.

²⁴ Siehe http://www.transparency.org/news_room/faq/corruption_faq (Abrufdatum: 07.10.11).

Wert. Sie müssen eher als ein *Instrument* betrachtet werden, das den Individuen bei dessen Implementierung die personelle Integrität innerhalb der eigenen Familie, dem eigenen Clan oder Netzwerk garantiert, und stellen keineswegs universalgültige Verhaltensregeln dar, die alle Interaktionsarten des Individuums mit seinem sozialen Umfeld bestimmen. Beweis dafür ist der Fakt, dass die Regeln, die das Verhalten des Individuums seinen Familien-, Clan- oder Netzwerkmitgliedern gegenüber bestimmen, viel unterschiedlicher ausfallen können, verglichen zu denen, die seinem Verhalten im Umgang mit Staatsinstanzen aller Art zugrunde liegen. Was im ersteren Fall verwerflich wäre, ist im letzteren durchaus legitim. Diese Loyalitätsschizophrenie bleibt nicht ohne Folgen, was die Qualität des Bürgerseins betrifft. Sie trifft ins Herz der Konstitution der Gesellschaft im Sinne des Hobbesschen Sozialvertrags, indem sie das aus den Angeln hebt, was eine Gemeinschaft von Bürgern im Grunde ausmacht: nämlich die Akzeptanz derselben Spielregeln bei allen im Hinblick auf das Gemeinwohl. Eng damit verbunden ist die Wahrnehmung, dass Korruption eigentlich nichts anderes darstellt als eine Kompensation sozialer Gerechtigkeit im Sinne einer Umverteilung von Ressourcen, die den Bürgern durch den Staat vorbehalten bleiben. Eine praktische Konsequenz dieser Einstellung ist die breit praktizierte Steuerhinterziehung. Soll eine Art gemeinsamer Spielregeln existieren, dann nur in dem Sinne, dass diese geglaubte Ungerechtigkeit durch regel- und gesetzbrechendes Verhalten ausbalanciert werden kann. Zu diesem Verhalten gibt es allerdings ein weiteres Legitimationsargument: nämlich die Ineffizienz staatlicher Institutionen, die tatsächlich eine Bürde für jeden Bürger darstellt. Dies hat unweigerlich mit der Überdimensionierung der öffentlichen Verwaltung zu tun, die eine Unzahl bürokratischer Hürden produziert. Die These über das Vorhandensein einer Doppelmoral gilt allerdings auch, was diesen Aspekt betrifft. Politische Parteien betrachten in Griechenland den Staatsapparat als eine Art Pacht, den sie ausnutzen, um an die Macht zu kommen oder politische Macht zu erhalten. Das tun sie hauptsächlich dadurch, dass sie, wie bereits gesehen, ihre politische Klientele mit Positionen in der öffentlichen Verwaltung versorgen. Dies motiviert tatsächlich einen Teil der Wähler, für eine bestimmte Partei zu wählen, was nach jeder Wahl regelmäßig zu einem weiteren Aufblähen der öffentlichen Verwaltung führt, über deren Ineffizienz dann die Bürger sich beschweren und keinen anderen Ausweg finden als Bestechungsgelder zu zahlen. Vertikal gesehen, stellt Korruption als Form der Partizipation am System der Machtnetzwerke oder als Mittel zur Sicherung des eigenen Wohls eine eigenartige Konstruktion von *Sozialsolidarität* dar, die durch eine Vielzahl von Reziprozitäten und beidseitigen Gefälligkeiten so-

wohl unter Bürgern als auch zwischen Bürgern und Staat zum Ausdruck kommt.²⁵

Insgesamt gesehen, muss letztendlich das Element, das korruptes Verhalten fördert, in der politischen Sphäre lokalisiert werden. Es gibt bestimmte Beziehungsmuster, die das Fundament korrupter Administration und Begünstigung darstellen. Dazu gehört zunächst einmal der Fakt, dass die Struktur politischer Parteien oft die Form einer Kommandokette annimmt. In einer solchen Parteienstruktur sehen politische Führer über illegales Verhalten eigener Parteienmitglieder hinweg. Abgesehen vom Problem der Parteienfinanzierung verstärkt die Tatsache, dass Mitglieder der jeweiligen parlamentarischen Fraktion vom Parteiführer und seiner engeren Gefolgschaft designiert werden, und dass letztendlich mit Recht behauptet werden kann, dass sie eher „eingestellt“ als gewählt werden, das Problem der politischen Patronage und deren negative Begleiterscheinungen. Ferner wird Korruption als Instrument im Parteienmachtkampf benutzt, vor allem, um politische Gegner vor Parlamentswahlen an den Pranger zu stellen. Insbesondere ab Anfang der 1980er Jahre hat die Klientelismus-Politik eine bedeutende Wende genommen, da vom Staatsapparat bzw. von den staatskontrollierten Wirtschaftszweigen abgesehen, die ökonomische Aktivitätssphäre im breiten Sinne denjenigen Bereich darstellt, innerhalb dessen Politiker Politik machen konnten.

Unter solchen Bedingungen wird der Staat zum zentralen Akteur der wirtschaftlichen Entwicklung. Nicht nur in dem Sinne, dass er als Unternehmer oder als Arbeitgeber auftritt, sondern auch im Sinne eines Garanten jeglicher Umverteilung. Die zentrale Rolle des Staates konkretisiert sich in einem dichten Geflecht öffentlicher und privater Tätigkeiten, in dem sich die Rollen, die Interessen und die Regeln vermischen. Yiannis Voulgaris, Professor an der Panteion Universität in Athen sieht hierin eine bedeutende Pathogenese des Landes, die einerseits die Ausbeutung des öffentlichen Interesses unter Kriterien des privaten Vorteils ermöglicht und es andererseits dem privaten Interesse erlaubt, sich als öffentliches auszugeben.²⁶ Er beschreibt somit das kulturelle Moment *par excellence* korrupten Verhaltens: die in der Moderne gültige Trennung zwischen pri-

²⁵ Diesen komplexen Sachverhalt brachte kein geringerer als der griechische Vizepremier Theodoros Pangalos auf seine wohl bekannte provozierende Art auf den Punkt, als er argumentierte, dass die Griechen wegen der Finanzkrise nun bluten müssen, denn schließlich haben alle beim Festmahl aus Konsum und Korruption „zusammen gegessen“. Siehe Kai Strittmatter: Lieber Joghurt als Eier, Süddeutsche Zeitung, 27.09.2011, S. 7.

²⁶ Siehe Jannis Voulgaris: Passagier im letzten Waggon, in: FAZ, 14.05.2010, S. 9.

vatem und öffentlichem Bereich und die mit Korruption verbundene Vermischung diesbezüglicher Handlungsprinzipien und -rationalitäten. Diese zentrale Dimension von Korruption ist übrigens implizit im gängigen Begriff von Korruption anzutreffen: „Corruption is operationally defined as the abuse of entrusted power for private gain“.²⁷

Die Verteilung von Ressourcen und die Gewährung von staatlicher Wohlfahrt wurden von Politikern als Instrumente angewandt, um an die Macht zu kommen oder um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck wurde korruptes Verhalten oder Verhalten in der Grauzone der politischen Korruption immer in Kauf genommen. So haben alle politischen Parteien in Griechenland die Erhaltung ihrer politischen Macht auf die Verteilung von Ressourcen gestützt, die größtenteils aus EU-Mitteln geschöpft wurden. Diese Praxis produzierte all die negativen Entwicklungen, die ihren Ausdruck im exzessiven Konsum und in einem hedonistischen Individualismus fanden. Ein wichtiges Hemmnis gegen jeglichen strukturellen Wandel stellt zudem die Tatsache dar, dass vom Staat alimentierte Netzwerke ihre „Besitztümer“, von der staatlichen Kasse finanzierte Privilegien also, auf keinen Fall aufgeben wollen, obwohl ihnen schon längst aufgefallen sein müsste, dass sie dadurch den Ast absägen, auf dem sie sitzen.

Obwohl der Kampf um Machtgewinn und Machterhaltung ein universelles Prinzip politischen Handelns darstellt, hat dasselbe Prinzip in einem Land wie Griechenland dramatische Folgen. Aufgrund der Tatsache, dass das System der „check and balances“, zu dem sowohl die Medien als auch die Zivilgesellschaft gezählt werden müssen, relativ unterentwickelt ist, hat das politische System korrupte Praktiken und illegale Begünstigung zu wichtigen Instrumenten politischen Handelns hochstilisiert. Politisches Handeln bedeutet hier vor allem Machterhaltung, und Korruption ist eines der wichtigsten Mittel, um dies zu erreichen. Der bekannte griechische Kriminalromanautor Petros Markaris schließt seinen kürzlich auf Deutsch erschienenen Roman „Faule Kredite“ bezeichnenderweise mit folgendem Satz: „Da kann die Troika sagen, was sie will, in Griechenland kann dir Vitamin B das Leben retten. Damit ist alles gesagt. Punktum“.²⁸ Unab-

²⁷ Siehe: Ivan Krastev: *Shifting Obsessions. Three Essays on the Politics of Anticorruption*, Budapest 2004.

²⁸ Siehe Petros Markaris: *Faule Kredite*, Zürich 2011, S. 397. Als „Troika“ werden die Vertreter aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationaler Währungsfonds genannt, die in regelmäßigen Abständen die Fortschritte Griechenlands zur Reduzierung des Staatsdefizits evaluieren, bevor die nächste Kredittranche an das Land überwiesen werden kann. Mit „Vitamin B“ sind Netzwerkbeziehungen aller Art gemeint, die einzelnen Individuen an den Institutionen vorbei Vorteile verschaffen.

hängig davon, welchen Erfolg die Sparmaßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Anstrengungen zur Umstrukturierung des öffentlichen Sektors durch die derzeitige griechische Regierung haben werden, eines muss man ihr doch deutlich attestieren: den Willen mit den Klientel-Beziehungen zu brechen und somit das politische System zu verändern. Ob diese „Revolution“ erfolgreich sein wird, kann wohl erst von der nächsten Generation des Landes beurteilt werden.

5. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich unterstreichen, dass Korruption traditionell anhand einer Reihe von negativen Termini definiert wird: als kriminelles Verhalten, Verletzung der Gesetze, Produkt einer wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung, als „cultural lag“ oder als das Fehlen von Professionalität. Als externe Beobachter betrachten wir alle Korruption als ein ernstes Problem. Für diejenigen aber, die in korrupten Praktiken verwickelt sind, scheint Korruption eine Lösung zu sein. Dies entspricht vor allem den Wahrnehmungen in Südosteuropa. Viele Bürger in Ländern wie Rumänien, Bulgarien oder Kroatien betrachten korrupte Praktiken als den einzigen Weg, sich in der wechselnden Situation, die die rapide Transformation hervorruft, zurechtzufinden. Zudem fungiert der Begriff Korruption bei den Bürgern als begriffliches Sammelbecken von all den negativen Entwicklungen, die der Übergang dieser Gesellschaften zur freien Marktwirtschaft mit sich bringt: soziale Ungleichheit, Ungerechtigkeit, neue Klassenunterschiede. Im Gegensatz zu post-sozialistischen Ländern, in denen Korruption die Bewusstheit einer sozio-ökonomischen Krise beherbergt, beobachten wir in Ländern wie Griechenland und der Türkei, die schon vor Jahrzehnten den Modernisierungspfad beschritten haben, dass Korruption als Normalität angesehen wird. *Petty corruption* repräsentiert die Art und Weise, wie praktische Lösungen zu alltäglichen Problemen gefunden werden; *grand corruption* dagegen dient hauptsächlich der Generierung von Sozialkapital und dem Erwerb oder Erhalt von Macht.

Es sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass wir überraschenderweise ähnliche Dispositionen nicht nur in Ländern „südlich der Alpen“ finden, sondern auch im geografischen Zentrum dessen, was man als europäische Modernität nennen könnte, nämlich in Deutschland und Großbritannien. Generell tendiert man dazu, diese Länder als korruptionsfrei zu betrachten. Die Bürger sind sich bewusst, dass Korruption dem Sozialvertrag widerspricht. Weil sie aber das Ge-

schehen im Licht des Sozialvertrags interpretieren, neigen sie dazu, korruptes Verhalten entweder zu idealisieren oder zu rationalisieren.²⁹ Sie tendieren dazu, korruptes Verhalten zu normalisieren und es als marginales Phänomen abzutun. Zusammengefasst beobachtet man in allen Ländern eine Strategie der Korruptionsnormalisierung, die entweder durch die Gleichsetzung der Korruption mit dem „gewohnten Gang der Dinge“ oder durch die Verneinung ihrer Existenz als soziales Faktum erreicht wird.

²⁹ Über Korruptionswahrnehmungen in Deutschland siehe beispielsweise Angelos Giannakopoulos/Dirk Tänzler: Deutsche Ansichten zur Korruption, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 5/2009, S. 13-18 sowie Angelos Giannakopoulos/Konstadinos Maras/Dirk Tänzler: The German Myth of a Corruption-free Country, in: Dirk Tänzler/Konstadinos Maras/Angelos Giannakopoulos (Hrsg.): The Social Construction of Corruption in Europe, London: Ashgate Publishing Limited (in Druck).